

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Technik der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 16. Juli 2020
im Burghof Lörrach, Herrenstraße 5

Anwesend: Bürgermeisterin Monika Neuhöfer-Avdić als Vorsitzende

Stadträte/innen: Berg (ab 18.00 Uhr)
Böhler, Cyperrek, Denzer
Escher, Glattacker, Kirchner
Koch, Koesler, Lindemer, Rufer
Dr. Hengelage vertritt Claudia Salach
Salach, L., Schumacher, Vogel
Wernthaler

Entschuldigt: Stadträtin Claudia Salach

Ferner: Fachbereichsleiterin Buchauer (ab 17.40 Uhr)
Personalratsvorsitzende Sambale-Lebus
Geschäftsführerin Ziegler-Jung, WFL
Fachbereichsleiter Dullisch
Fachbereichsleiter Haasis
Fachbereichsleiter Kleinmagd
Fachbereichsleiter Nöltner
Fachbereichsleiter Welz (ab 17.45 Uhr)
Betriebsleiter Droll
Betriebsleiter Langela
Stellv. Fachbereichsleiter Fessler
Stellv. Fachbereichsleiter Gruber
Frau Eberhard (bis 19. 45 Uhr)
Frau Heinze
Frau Schmidt
Herr Klatz (ab 17.40 Uhr)
Herr Schuster

Urkundspersonen: Stadtrat Lindemer und Stadtrat Kirchner

Schriftführung: Frau Dietsche

Beginn: 17.30 Uhr

Ende: 20.05 Uhr

TOP 1

Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften "Am Stambachgraben" - Behandlung der im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen - Satzungsbeschluss Vorlage: 095/2020

Die Vorsitzende heißt alle Anwesenden zur Sitzung willkommen und begrüßt nach einer kurzen Einführung in den Tagesordnungspunkt Fachbereichsleiter Haasis und Frau Becker von fsp. Stadtplanung in Freiburg.

Frau Becker erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation (Anlage 01).

Stadtrat Böhler legt dar, dass der Bebauungsplan zwar einen erheblichen Eingriff in die Flora und Fauna bedeute, jedoch würden Pflege- und Betreuungsplätze dringend benötigt, daher stelle die Fraktion der GRÜNEN ihre Zustimmung zur Beschlussvorlage in Aussicht. Anmerken möchte er, dass nach seiner Ansicht die Anzahl der geplanten 8 Fahrradabstellplätze erhöht werden sollte.

Stadtrat Escher findet die Thematik hervorragend aufgearbeitet. Er sehe jedoch das grundsätzliche Problem, dass bislang keine Einigung beim Kaufpreis erzielt werden konnte, was sich aus einem Schreiben der Gevita an einen Fraktionsvorsitzenden ergebe. In diesem Zusammenhang berichtet er von verschiedenen Gutachten zum Kaufpreis, die sich nicht decken würden. Er bitte zunächst zu klären, ob eine Übereinkunft beim Kaufpreis erreicht werden könne, bevor das Bebauungsplanverfahren weiterverfolgt werde.

Stadträtin Rufer pflichtet dem von Stadtrat Escher angesprochenen Klärungsbedarf bei, trotzdem möchte sie bekräftigen, dass die Erweiterung dringendst notwendig sei und Handlungsbedarf bestehe. In diesem Zusammenhang weise sie darauf hin, dass auch im Norden der Stadt Pflegeplätze und Einrichtungen für betreutes Wohnen notwendig seien.

Stadträtin Rufer stellt folgende Fragen, 1. ob die Anlagen 1a und 1b zur Beschlussvorlage, die auf ein Schreiben des Landratsamtes aus dem Jahr 2003 verweisen, noch zeitgemäß seien, 2. ob Regelungen zur Verlegung des Spielplatzes und Absprachen mit dem Gebrauchshundesportverein verbindlich getroffen worden sind, 3. zum Stellplatzkonzept, ob die 8 Tiefgaragenplätze bei ca. 35 Beschäftigten ausreichen und ob ein zusätzlicher Bedarf an Besucherparkplätzen bestehe, insbesondere weil der Weg zur nächstgelegenen Bushaltestelle relativ weit sei, 4. ob eine andere Dachform gewählt werden könnte, da ein Flachdach im Ortsteil Tumringen nicht zur prägenden Bebauung gehöre.

Stadtrat Lindemer nimmt Bezug auf das Schreiben der Gevita an die Fraktion zur offenen Grundstückspreisfrage; er wolle wissen, welche Auswirkungen die 2 Szenarien, Beschlussfassung oder Aussetzung des Beschlusses hätten.

Stadtrat Koesler findet die geplante Bebauung, die sich in die Umgebung einfüge, grundsätzlich begrüßenswert. Er würde jedoch das Planverfahren stoppen, bis das Grundstücksgeschäft in „trockenen Tüchern“ sei. Weiterhin habe er Fragen zur Erschließung der Tiefgaragenstellplätze und ob der Bebauungsplan Makulatur sei, wenn keine Einigung mit dem Käufer erreicht würde.

Die Vorsitzende plädiert dafür, das Bebauungsplanverfahren mit dem Satzungsbeschluss zu Ende zu führen. Die Stadt habe bisher von Gevita noch keine Rückmeldung erhalten, sie sei jedoch zuversichtlich für eine vertragliche Einigung.

Auf die Fragen von Stadträtin Rufer antwortet die Vorsitzende und Fachbereichsleiter Haasis zur Frage 1, dass sich kein Änderungsbedarf bei den angesprochenen Anlagen ergebe, da die letzte Offenlage entscheidend sei; zur Frage 2, dass der Spielplatz in Richtung Süden neu geplant werde und der Gebrauchshundeverein bereits an einen neuen Standort umgezogen sei; zur Frage 3, dass die Gevita ein Parkplatzkonzept entwickelt habe, das alle internen Bedarfe decke, gleichwohl könne auch der öffentliche Straßenraum, wo dies möglich ist, für die Parkierung der Besucher in Anspruch genommen werden; zur Frage 4, dass ein Flachdach aufgrund der bestehenden Freileitung gewählt worden sei, dies aber mit dem Gestaltungsbeirat gut abgestimmt sei.

Auf die Frage der Stadträte Lindemer und Koesler legt die Vorsitzende dar, dass ein Bebauungsplan für ein allgemeines Wohngebiet beschlossen würde, der aber auf die Erfordernisse von Gevita zugeschnitten sei. Eine anderweitige Nutzung für Wohnzwecke sei denkbar, erfordere aber gewiss Anpassungen des Bebauungsplans.

Die Vorsitzende und Fachbereichsleiter Haasis erläutern auf die Frage von Stadtrat Koesler zur Erschließung der Tiefgarage, dass der Fußweg, der von der Friedrich-Hecker-Straße ausgeht, aufgewertet und entsprechend verbreitert werde, damit dieser sowohl als Tiefgaragenzufahrt und als Fuß- und Radweg genutzt werden könne. Eine solche Doppelnutzung sei möglich, da es sich um eine kurze Strecke handle und relativ wenige Tiefgaragenstellplätze bedient würden.

Stadtrat Escher möchte wissen, welche finanziellen und personellen Auswirkungen es habe, wenn das Bebauungsplanverfahren ausgesetzt würde. Er überlege, ob ein Antrag auf Aussetzung im Gemeinderat gestellt oder Vertreter der Gevita eingeladen werden sollten.

Die Vorsitzende informiert, dass dies arbeitstechnisch und finanziell keine Auswirkungen mehr habe, da das Verfahren für den Bebauungsplan „zu 99%“ abgeschlossen sei.

Fachbereichsleiter Haasis bestätigt, dass die Planreife erreicht sei und der Bebauungsplan grundsätzlich als Grundlage für spätere Anpassungen dienen könne.

Danach stimmt der Ausschuss für Umwelt und Technik mehrheitlich mit einer Gegenstimme und 5 Enthaltungen der Beschlussvorlage zu.

1. Der Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander entsprechend den Anlagen 1a und 1b wird zugestimmt.
2. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander wird den erläuternden, hinweisenden bzw. klarstellenden Abwägungsvorschlägen der Verwaltung zu den im Zuge der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zugestimmt (Anlage 1b).
3. Der Bebauungsplan „Am Stammbachgraben“ in der Fassung vom 08.06.2020 wird nach § 10 BauGB in Verbindung mit § 4 Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) als Satzung beschlossen.
4. Die zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellten Örtlichen Bauvorschriften „Am Stammbachgraben“ in der Fassung vom 08.06.2020 werden nach § 74 Abs. 1 und Abs. 7 Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO) in Verbindung mit § 4 GemO als Satzung beschlossen.
5. Dem als Anlage 4 zu dieser Vorlage beigefügten Satzungstext wird zugestimmt.

TOP 2

IBA-Projekt "Am Zoll Lörrach / Riehen" – Sachstand sowie Beschluss zur Beauftragung Planungsleistungen Umgestaltung Basler Straße und Städtebaulicher Rahmenplan

Vorlage: 098/2020

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Klatz vom Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung und eröffnet den Tagesordnungspunkt mit dem Zitat von Mahatma Gandhi -die Zukunft hängt davon ab, was wir heute tun-.

Herr Klatz erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation (Anlage 02).

Stadtrat Böhler ist der Ansicht, dass „Am Zoll / Riehen“ kein Luxusprojekt, sondern ein Schlüsselprojekt für die erforderliche städtebauliche Entwicklung in diesem Areal sei; diesbezüglich habe Riehen bereits vorgelegt. Weiter würde ein Abbruch des Projekts zum Verlust von Geldern führen und könne einen Imageschaden verursachen.

Stadtrat Escher bekundet, dass er sich der Stimme enthalten werde. Er vertrete eine andere Sichtweise, gewinnbringende Beschlüsse und Projekte wie etwa im Schulbereich müssten verschoben werden. Jetzt könne die Beschlussvorlage noch gestoppt werden, bevor weitere Planungskosten entstünden. Die Mittel würden benötigt, um die Erhaltung von Gebäuden gewährleisten zu können und anderen wichtigen Aufgaben gerecht zu werden.

Stadträtin Cyperrek betont, dass sie bisher immer hinter diesem Leuchtturm-Projekt gestanden habe; es sei jedoch fraglich, ob die Stadt sich dies aufgrund der Haushaltsituation noch leisten könne, da nach den Planungskosten die Kosten für die Umsetzung folgen würden. Sie werde sich der Stimme enthalten, da noch Diskussionsbedarf bestehe. Sie bitte Fachbereichsleiter Kleinmagd, eine Einschätzung zur Einordnung in den Haushalt vorzunehmen.

Stadtrat Denzer sieht die vielen Projekte (z.B. Schulsanierungen, Kindergartenbau), daher ist er der Ansicht, dass hier das Einsparpotential genutzt werden solle. Weiterhin frage er sich, ob die Schadensersatzforderungen wirklich so hoch seien.

Stadtrat Koch berichtet ebenso zu den Vor- und Nachteilen; er werde noch keine Entscheidung treffen, ihm sei jedoch sehr wichtig, die Straßenbahn mit einzuplanen.

Stadtrat Koesler findet das Projekt sehr gut, die Querungen würden verbessert, der Bahnhof Stetten würde zur Mobilitätsdrehscheibe aufgewertet, des Weiteren würde ein Entwicklungskonzept für die Tram erarbeitet. Bei der Umsetzung könne das Verzögerungspotential genutzt werden. Das Planszenario sollte zu Ende gebracht werden, da ansonsten eine gute Chance nicht genutzt würde.

Stadträtin Schumacher findet ebenso, dass hier eine Chance vertan würde. Weiter habe sie eine Frage zur Tramstudie und bittet um Erläuterung des Begriffes „tanzende Platzbäume“.

Die Vorsitzende erläutert, dass unter „tanzenden Platzbäumen“, Bäume in Behältnissen zu verstehen seien, die variabel platziert werden können.

Stadtrat Wernthaler hebt hervor, dass die investierten Personalkosten ebenso zu berücksichtigen seien und es brauche weiterhin das Engagement der Mitarbeiter am Projekt.

Fachbereichsleiter Kleinmagd erläutert, dass es sich hier um eine freiwillige Aufgabe handle, die noch zu stoppen sei. Der Eigenanteil betrage ca. 2,6 Mio. Euro.

Die Vorsitzende informiert, dass die Tramstudie im Herbst beauftragt werden solle. Des Weiteren verweist sie auf die Offenlegung zum Thema Schrankenschließzeiten.

Hiernach stimmt der Ausschuss für Umwelt und Technik folgender Beschlussvorlage einstimmig mit 7 Enthaltungen zu:

1. Der Gemeinderat nimmt vom Sachstand und Ausblick zum Projekt Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das vorliegende Angebot vom 19.06.2020 (vgl. Anlage) anzunehmen und mit den anbietenden Planungsbüros entsprechende Verträge zu schließen.

TOP 3

Bühl III - Bericht Preisgericht - mündl. Bericht

Die Vorsitzende führt in den Tagesordnungspunkt ein und begrüßt Fachbereichsleiter Nöltner, der anhand einer Präsentation den Sachstand zum Baugebiet Bühl III vorstellt (Anlage 03).

TOP 4

Sachstandsbericht Lauffenmühle - mündl. Bericht

Die Vorsitzende führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Klatz informiert zu den Grundlagen, Zielen und Phasen des Projekts „Lauffenmühle“ und gibt einen Überblick zu den aktuellen Themen anhand einer Präsentation (Anlage 04).

Stadtrat Wernthaler regt an, als Zeichen für die Industriekultur im Wiesental, die Gebäude teilweise zu erhalten.

Stadtrat Koch schließt sich dem an und hebt den Erhalt der Backsteinbauten und insbesondere der schönen Backsteinfassaden hervor.

Stadträtin Rufer begrüßt den Kauf als gute Entscheidung. Sie spricht sich für den Erhalt und weiteren Ausbau der gemischten Nutzung „Arbeiten und Wohnen“ aus. Des Weiteren gehörten die Areale "Lauffenmühle" und das Gewerbegebiet Haagen historisch zusammen, die durch die Wiese geografisch getrennt seien; daher sei ihr Anliegen, die Gebiete links und rechts der Wiese gemeinsam zu betrachten. Ebenso spricht sie den Wunsch zum Bau der Feuerwache Nord aus, da bei den Feuerwachen in den Ortsteilen Sanierungsbedarf bestehe und die Ausfahrten für die Feuerwehrfahrzeuge oftmals zugeparkt seien.

Die Vorsitzende unterstreicht, dass man sich planerisch mit der Wahrung der Elemente der Baukultur aus der Zeit der Industrialisierung auseinandersetzen werde.

Stadtrat Koesler legt Wert auf eine gute Zwischennutzung und fragt, was hierzu geplant sei.

Die Vorsitzende erläutert, dass die bestehenden Mietverträge übernommen würden, selbstverständlich würden nach einer Überprüfung eventueller Belastungen in den Gebäuden und im Boden vertragliche Nutzungsvereinbarungen und in Etappen die weitere Belegung des Areals angestrebt.

TOP 5

Sachstandsbericht "Lö" - mündl. Bericht

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und informiert, dass Frau Eberhardt vom Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung und Herr Weber vom Fachbereich Straßen/Verkehr/Sicherheit die Projektleitung innehaben.

Die Vorsitzende erläutert den Sachverhalt zur Gestaltung des Umfelds „Lö“ auf Grundlage der Präsentation (Anlage 05).

Stadträtin Cyperrek möchte wissen, ob der Briefkasten bleibe. Weiter bitte sie vor dem Hintergrund, dass der Einzelhandel über Umsatzrückgänge klagt, um eine Gesamteinschätzung zum Bedarf an neuen Ladenflächen. Außerdem frage sie, aus welchen Gründen der städtebauliche Vertrag ergänzt würde.

Die Vorsitzende informiert, dass es wieder einen Briefkasten auf dem Platz an einem neuen Standort geben werde. Es solle ein Mix an unterschiedlichen Angeboten mit auch größeren Ladeneinheiten entstehen. Außerdem sei neben der Gastronomie das Wohnen ein wichtiger Bestandteil des Gesamtnutzungskonzepts des „Lö“. Des Weiteren habe aufgrund der Pandemie die Außengastronomie und daher die Nutzung öffentlicher Flächen an Stellenwert gewonnen, dies habe eine Ergänzung des städtebaulichen Vertrages erforderlich gemacht.

Die Vorsitzende gibt den Ausblick, dass nach der Sommerpause erneut zum Sachstand und zum Thema Radverkehr informiert werde.

TOP 6

Sachstandsbericht L138 und weitere Bauabschnitte - mündl. Bericht

Fachbereichsleiter Dullisch informiert anhand einer Präsentation zum Sachstand der Umlegung der L138 West für das neue Zentralklinikum einschließlich der Ertüchtigung des Knotenpunktes Entenbad und gibt einen Ausblick auf den Vollanschluss der L138 an die B317 (Anlage 6). Des Weiteren kündigt er die Straßeneröffnung am 31. Juli 2020 an.

Die Vorsitzende stellt in Aussicht, dass voraussichtlich im November/Dezember erneut ein Sachstandsbericht erfolge.

TOP 7

Sachstandsbericht große Bauprojekte - mündl. Bericht

Zunächst stellt Fachbereichsleiterin Buchauer anhand einer Präsentation den Sachstand zu den aktuellen großen Bauprojekten im Hochbau vor; im Anschluss daran informiert Betriebsleiter Schäfer zu den großen baulichen Maßnahmen des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung (Anlage 07).

TOP 8

Straßenbenennung im Gewerbegebiet "Brombach-Ost"

Vorlage: 096/2020

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen weiteren Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Danach stimmt der Ausschuss für Umwelt und Technik einstimmig folgender Beschlussfassung zu.

Im künftigen Gewerbegebiet „Brombach-Ost“ wird die Straßenbezeichnung „Johann-Reiss-Straße“ vergeben.

TOP 9

Hebelgymnasium - Sanierung Biologiesaal Raum 124, Genehmigung der Planung und Kostenberechnung

Vorlage: 105/2020

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen weiteren Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Danach fasst der Ausschuss für Umwelt und Technik einstimmig mit einer Enthaltung folgenden Beschluss.

Der Planung zur Sanierung des Biologiesaales des Hebelgymnasiums und der Kostenberechnung in Höhe von 273.000 € (einschl. 16. % (2020) bzw. 19 %MwSt.) wird zugestimmt.

TOP 10

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

10.1

Fachbereichsleiter Dullisch informiert anhand einer Präsentation zur Deckensanierung der B317 im Bereich Hasenloch–Entenbad (Anlage 08).

10.2

Fachbereichsleiter Dullisch erläutert die geplante Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h für einen Teilbereich der Ortsdurchfahrt Haagen anhand einer Präsentation (Anlage 09). Er geht insbesondere darauf ein, dass es ein Wunsch des Ortschaftsrates Haagen sei, die 300 Meter lange Zone ein Stück weit in Richtung Hauingen zu verschieben.

10.3

Betriebsleiter Langela stellt die Aktion „Ich will bei dir Wurzeln schlagen“ im Rahmen des Mitmachplans Klima vor (Anlage 10).

10.4

Die Vorsitzende teilt mit, dass zum Sachstand Masterplan Innenstadt –Reallabor Grabenstraße- schriftlich informiert werde.

TOP 11

Allgemeine Anfragen

11.1

Stadtrat Böhler berichtet von Anwohnern der Basler Straße, die ihn auf massive Lärmbelästigungen durch Gaststättenbesucher sowie deren Fahrzeuge (Türeenschlagen, lautstarkes Gas geben) und rücksichtsloses Parken in der Alten Basler Straße angesprochen haben. Da derzeit keine Kommunikation mit den Betreibern der Gaststätten möglich sei, rege er einen Runden Tisch an. Die Gaststätten hätten teilweise nachts bis ca. 3 oder 5 Uhr geöffnet, eventuell könne eine Sperrzeitverkürzung eine Möglichkeit darstellen. Er bittet zu klären, wie kommuniziert werden könne und zu informieren, was unternommen werde.

Stadtrat Escher stellt einen Vergleich zu einer früheren Situation dar und bittet ebenso, eine Sperrzeitverkürzung zu prüfen.

Die Vorsitzende erklärt, dass zum dargestellten Sachverhalt informiert werde.

11.2

Stadträtin Rufer berichtet zur Auslastung des Parkplatzes beim Füssler-Areal (ca. 60 Fahrzeuge vor „Corona“, im Moment ca. 10 Fahrzeuge). Sie erinnert an die Prüfung des

Rückschnitts von Brombeerhecken, die Verbesserung der Beleuchtungssituation und des Zugangs zum S-Bahnhaltepunkt Haagen.

Die Vorsitzende versichert, dass hierzu berichtet werde.

11.3

Stadträtin Rufer spricht den bestehenden Bedarf an Car-Sharing-Angeboten, insbesondere im Bereich Belist an und fragt nach dem Sachstand der Bemühungen der Verwaltung. Des Weiteren möchte sie wissen, bis wann am Bahnhof Brombach das verlagerte Car-Sharing-Angebot wieder zur Verfügung stehe.

Die Vorsitzende sagt eine Überprüfung durch den Fachbereich Umwelt und Klimaschutz zu.

11.4

Stadtrat Escher bittet auch im Namen von Stadträtin Cyperrek um eine Stellungnahme zu einer geplanten Gaststätteneröffnung im Blumenweg.

Die Vorsitzende sagt eine kurze Zusammenstellung seitens des Bereichs Baurecht bis zu den Sommerferien zu.

11.5

Stadtrat Escher bittet um Informationen, wie die Stadt einer Forderung der Jusos im Kreisverband Lörrach auf eine Umbenennung des Carl-Keller-Wegs begegne, nach seiner Meinung könne eine Möglichkeit ein Hinweisschild sein, das von den Jusos auch toleriert würde.

Die Vorsitzende gibt bekannt, dass der Fachbereich Kultur und Tourismus bereits hieran arbeite und sagt eine Information zu.

11.6.

Stadtrat Dr. Hengelage berichtet, dass ihn ein Bürger auf die als sanierungsbedürftig anerkannte Rebgasse angesprochen habe, an der bisher noch keine Arbeiten durchgeführt worden seien. Die Maßnahme würde im Haushaltsplan noch nicht „auftauchen“, er bitte um eine entsprechende Abbildung im Haushaltsplan und der Prioritätenliste. In diesem Zusammenhang verweist er ebenso auf die Schönaustraße, Carl-Maria-von-Weber-Straße und Friedrichstraße.

Stadtrat Escher merkt an, dass es hierzu Listen gebe.

Die Vorsitzende dankt für den Hinweis, der Sachverhalt werde nach der Sommerpause vom Fachbereich Straßen/Verkehr/Sicherheit dargestellt.

TOP 12
Offenlegungen

Der Ausschuss für Umwelt und Technik nimmt von nachstehenden Offenlegungen Kenntnis:

12.1

Niederschrift über das elektronische Umlaufverfahren des Betriebsausschusses Stadtwerke am 25. Juni 2020

12.2

Bekanntgabe des EB Stadtwerke Beauftragung einer Studie zu Schrankenschließzeiten

Zur Beurkundung

Die Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: